

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Delia Susanne Klages und Dennis Jahn (AfD)

EU-Katastrophenschutzverfahren - offene Fragen im Nachgang zur Unterrichtung

Anfrage der Abgeordneten Delia Susanne Klages und Dennis Jahn (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 25.02.2026

In der 42. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung am 15. Januar 2026 unterrichtete die Landesregierung unter Tagesordnungspunkt 2 über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zum Katastrophenschutzverfahren der Union sowie zur Unterstützung der Union bei der Krisenvorsorge und -reaktion.

Im Nachgang zu dieser Unterrichtung haben sich weitere Fragen zu einzelnen dargestellten Aspekten ergeben.

1. Welche zehn Drittstaaten nehmen derzeit am EU-Katastrophenschutzverfahren teil, und auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgt deren Beteiligung?
2. Wie ist die finanzielle Beteiligung dieser Drittstaaten am EU-Katastrophenschutzverfahren im Verhältnis zu den EU-Mitgliedstaaten geregelt?
3. Welche konkreten materiellen und personellen Ressourcen baut die Europäische Union im Rahmen des reformierten EU-Katastrophenschutzverfahrens als eigene Kapazitäten auf?
4. Was ist mit der in der Unterrichtung genannten Finanzierung von „80 bis 100 %“ konkret gemeint, und auf welche Kostenarten (z. B. Anschaffung, Betrieb, Wartung, Transport) bezieht sich diese Angabe?
5. Bezieht sich die in der Unterrichtung genannte Unterstützung „aus anderen Mitgliedstaaten“ ausschließlich auf EU-Mitgliedstaaten oder auch auf am Verfahren beteiligte Drittstaaten?
6. Wie erfolgt die finanzielle Refinanzierung des EU-Katastrophenschutzverfahrens vor dem Hintergrund, dass dieses seit 2001 mehr als 800-mal aktiviert wurde?
7. Aus welchen Haushaltsmitteln der Europäischen Union wird das EU-Katastrophenschutzverfahren aktuell finanziert, und wie hoch ist nach Kenntnis der Landesregierung der derzeit verfügbare Mittelbestand bzw. die aktuell vorhandene finanzielle Reserve?
8. Welche Bereiche der Krisenvorsorge sollen nach den aktuellen Planungen der EU künftig verstärkt durch zentrale Bevorratung auf EU-Ebene abgedeckt werden, insbesondere im Gesundheitssektor?
9. Welche konkreten privaten Unternehmen oder Unternehmensarten sollen nach Kenntnis der Landesregierung im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens gefördert oder eingebunden werden, und welche dieser Unternehmen sind derzeit tatsächlich in entsprechende Programme einbezogen?
10. Nach welchen Kriterien erfolgt die Auswahl dieser privaten Unternehmen, und wie wird sichergestellt, dass Zuständigkeiten zwischen EU, Bund, Ländern und weiteren Akteuren im Krisenfall klar abgegrenzt bleiben?
11. Welche konkreten Ausbildungsberufe im Bereich des Katastrophenschutzes sind nach Einschätzung der Landesregierung von unzureichenden Ausbildungskapazitäten betroffen, und wie viele Ausbildungsplätze stehen jeweils aktuell zur Verfügung?

12. Welche Maßnahmen plant oder ergreift Niedersachsen derzeit gegebenenfalls konkret, um die Ausbildungskapazitäten in diesen einzelnen Ausbildungsberufen zu erhöhen?
13. Welche Maßnahmen oder Programme auf EU-Ebene sind der Landesregierung bekannt, die gezielt auf einen Ausbau von Ausbildungskapazitäten in diesen Ausbildungsberufen abzielen?
14. In welchen konkreten Reform- oder Abstimmungsprozessen zum EU-Katastrophenschutzverfahren wurde Niedersachsen beteiligt, in welchem Umfang konnte das Land eigene Stellungnahmen oder Änderungsvorschläge einbringen, und welche davon wurden im bisherigen Reformprozess gegebenenfalls berücksichtigt?
15. Wem gehören die von Niedersachsen im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens eingesetzten Löschflugzeuge rechtlich, und wer trägt jeweils die Kosten für Anschaffung, Betrieb, Wartung und Einsatz?
16. In welchem Umfang wurden diese Löschflugzeuge bislang im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens eingesetzt?
17. Wurde im Zusammenhang mit dem Weihnachtshochwasser 2024/2025 durch Niedersachsen Unterstützung über das EU-Katastrophenschutzverfahren angefordert? Falls ja, wie schnell erfolgte die Unterstützung nach der Anforderung?
18. Wie viele Einsatzkräfte sowie welche materiellen Ressourcen wurden im Rahmen dieser Unterstützung bereitgestellt?
19. Welche organisatorischen, rechtlichen oder praktischen Herausforderungen hat Niedersachsen bei der Anforderung und Nutzung externer Unterstützung festgestellt?
20. Nach welchen Kriterien wird entschieden, ob ein Ereignis als Katastrophenfall im Sinne des EU-Katastrophenschutzverfahrens gilt, und obliegt diese Entscheidung den Mitgliedstaaten selbst oder der Europäischen Union?
21. Nach welchen Kriterien entscheidet die Europäische Union über die Freigabe und den Einsatz in Mitgliedsstaaten stationierter Ressourcen, und wie wird sichergestellt, dass diese Entscheidungen im Krisenfall zeitnah getroffen werden?
22. Vor dem Hintergrund, dass die Ressourcen des EU-Katastrophenschutzverfahrens durch Beiträge der Mitgliedstaaten finanziert werden: Aus welchen Gründen werden bei Einsätzen im Katastrophenfall Transportkosten nur teilweise übernommen, und nach welchen Kriterien wird entschieden, in welchen Fällen die Mitgliedstaaten diese Kosten selbst zu tragen haben?